

Aus dem Plenum

Neben zahlreichen Gesetzentwürfen und Anträgen beschlossen die Abgeordneten des Thüringer Landtags im Juli-Plenum eine Änderung der Geschäftsordnung. Wichtigster Änderungspunkt war dabei die Verkürzung der Redezeit um die Hälfte. Die Grundredezeit wurde von 20 Minuten pro Fraktion auf 10 Minuten, die Zusatzredezeit von einer Minute pro Abgeordneten wurde auf 20 Sekunden reduziert. Eine zweite wichtige Änderung betrifft die

Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union. Grundlage dafür ist die Vereinbarung mit der Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union. Die Regelungen dieser Vereinbarung werden fortan in der Geschäftsordnung berücksichtigt. Eine dritte Änderung in der Geschäftsordnung betrifft die Wahlen. Die neue Regelung, die schon jetzt nach Absprache im Ältestenrat prakti-

ziert wird, soll vermeiden, dass es zu mehrfachem Abstimmen kommen kann. Zudem einigte sich der Landtag auf die Bildung eines Europaausschusses, der auch für Bundes- und Medienangelegenheiten zuständig sein wird. Der bisherige Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten wird dann zum reinen Justizausschuss. Beide Ausschüsse bestehen aus jeweils neun Mitgliedern. Im Juni-Plenum verabschiedeten die Thüringer Parlama-

rier das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren. Fortan regelt das Gesetz die Haltung der Hunde u. a. stuft es verschiedene Rassen als gefährlich ein, fordert eine Hundehaftpflichtversicherung und verlangt die Kennzeichnung des Tieres durch einen Mikrochip. Weiterhin stimmten die Abgeordneten dem Gesetz zur Regelung der Versorgung der Beamten und Richter sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften zu.

Parlament transparent

Thüringer Landtag öffnete seine Türen für Bürgerinnen und Bürger

Auch in diesem Jahr nutzten wieder viele Thüringer den Tag der offenen Tür, um einen Blick hinter die Kulissen des Thüringer Landtags zu werfen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) freute sich über das große Interesse der Menschen:

zu informieren und von einem bunten Programm unterhalten zu lassen. Die vielfältigen Angebote fanden bei den Besuchern großen Anklang.“ Im Mittelpunkt des Tags der offenen Tür stand die politische Information. Ebenso wie die fünf Fraktionen waren der Petitionsausschuss sowie die Beauftragten anwesend, um die Fragen der Bürger zu beantworten. Rund um den Landtag präsentierten sich circa 200 Aussteller aus ganz Thüringen. Städte und Gemeinden, Verbände und Vereine als auch Aussteller aus den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Sport und Tourismus präsentierten sich den Besuchern der Politikmesse. Zum zweiten Mal vergab die Landtagspräsidentin den Förderpreis jugend@ehrenamt, welcher das freiwillige ehrenamtliche Engagement junger Leute auszeichnet. Insgesamt sind 30 Bewerbungen im Landtag eingegangen. Sieben Bewerber durften ihre Projekte dann beim Tag der offenen Tür einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Sieger des Wettbewerbs ist der 19-jährige

Apoldaer Dennis Micheel (Foto), der sich bereits seit zehn Jahren für den Abenteuer- und Naturspielplatz in seiner Heimatstadt einsetzt. Den zweiten Platz erreichte der Kinderortschaftsrat Ulla. Gleich zwei Projekte belegten den dritten

werk „Blitz“ aus Pößneck mit dem „Schülerbündnis für Vielfalt“ den zweiten dritten Platz.

„Ich danke den zahlreichen Helfern, Teilnehmern und Ausstellern für ihren Beitrag zum Gelingen des Tags der offenen



„Der Tag der offenen Tür war in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg. Ungefähr 10.000 Bürgerinnen und Bürger fanden den Weg zu ihrer Volksvertretung, um sich politisch



Platz. Zum einen überzeugte der Kinderzirkus TARSIFAN mit dem Zirkusprojekt „Springmäuse“ des Flüchtlingswohnheims in Weimar und zum anderen erreichte das Bildungs-

Tür“, so Frau Diezel im Nachgang. „Mit ihrem Engagement haben sie die Veranstaltung bereichert. Ich freue mich schon jetzt auf den Tag der offenen Tür im Jahr 2012.“

Kurz gemeldet

Am 22. Juni übergaben Mitglieder der Bürgerinitiative Dingelstädt im Eichsfeldkreis eine Massenpetition an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses Fritz Schröter (CDU). Die 1.005 Petenten beklagen sich über die Umweltauswirkungen im Umfeld eines Betriebes für Wertstofffassung und Kunststoffrecycling in Dingelstädt. +++ Auf Einladung des Katholischen und Evangelischen Büros nahm Landtagspräsidentin Diezel am 29. Juni am Hintergrundgespräch „Wie hältst du's mit der Subsidiarität?“ teil und sprach über die Beteiligung des Landtags in EU-Angelegenheiten als Praxisbeispiel für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. +++ Die Botschafterin der Republik Ruanda, I. E. Christine Nkulikiyinka, besuchte am 29. Juni den Thüringer Landtag. In einem Gespräch mit der Präsidentin des Parlaments informierte sie sich über aktuelle politische Themen im Freistaat. +++ Am 6. Juli stellte Frau Diezel (CDU) den 29. Band der Schriftenreihe zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen mit dem Titel „Die Vertreter der Thüringischen Staaten und Thüringens bei Reich und Bund“ vor.

Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt u. Naturschutz Generalvertrag zur abschließenden Finanzierung von Altlasten übergeben

In der Sitzung vom 1. Juli des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz übergab das zuständige Ministerium den Generalvertrag über die abschließende Finanzierung der ökologischen Altlasten an die Mitglieder des Ausschusses. Nach der Vorstellung des Vertrags sagte der Ausschussvorsitzende Tilo Kummer (DIE LINKE), dass nun die Grundlage für eine Anhörung im September 2011 bezüglich der Altlastensanierung im Freistaat geschaffen sei. Zwölf Jahre nach Abschluss des Vertrags erhielten die Abgeordneten nun die Rechtsgrundlage für die Altlastensanierung in Thüringen, so Kummer weiter. Hintergrund der Anhörung sind die gestiege-

nen Kosten bei Projekten in Rositz und im Bereich des Kalibergbaus. In Rositz führten Munitionsfunde und Grundwassereintritte zu einem Kostenanstieg von 100 Prozent. Im Kalibergbau sind Laugenzutritte in der Grube Springen nicht mehr zu stoppen. Zudem gibt es weitere unsichere Grubengebäude. Ferner beschäftigte sich der Ausschuss in einem weiteren Tagesordnungspunkt mit den Erdfällen in Tiefenort und Schmalkalden. In Tiefenort gibt es fortan ein Frühwarnsystem, welches die Bürgerinnen und Bürger vor einem erneuten Erdfall alarmiert. Laut Untersuchungen geht der Erdfall in Schmalkalden auf Lösungsvorgänge in Gips und Anhydrit zurück.

Aus dem Landtag



Der Präsident des Thüringer Rechnungshofs, Dr. Sebastian Dette (links im Bild), übergab am 5. Juli seinen Jahresbericht 2010 an Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) (rechts im Bild).

Nach der Landeshaushaltsordnung fasst der Rechnungshof das Ergebnis seiner Prüfungen zusammen und leitet es, soweit es für die Entlastung der Landesregierung bezüglich der Haushaltsrechnung von Bedeutung ist, dem Landtag und der Landesregierung zu.



Skatturnier im Landtag – Auf Anregung des Abgeordneten Heinz Untermann (FDP) und mit Unterstützung der Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) veranstalteten die Abgeordneten des Thüringer Landtags ein Skatturnier und stellten dabei ihr Kartenspielgeschick unter Beweis. Als geübtes Skattalent erwies sich dabei David-Christian Eckhard (SPD), der das Turnier nach mehreren Runden schließlich gewann.

Japanischer Abend: Fernöstliche Traditionen im Landtag präsentiert



Kulturbotschafterin Hoko Tokoro (2. von links) gibt einen Einblick in traditionelle japanische Handwerkstechniken

Kumihimo, Kimonos und Kanji verwandelten den Thüringer Landtag am 21. Juni zu einem Haus der japanischen Kultur. Die Erfurter Kunst- und Designschule Imago lud anlässlich 150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen zu einem japanischen Abend, um fernöstliche Tradition und Kultur zu erleben. Gemeinsam mit der Kumihimo-Meisterin und Kulturbotschafterin Japans, Hoko Tokoro, und dem stellvertretenden Generalsekretär des Japanisch-Deutschen Kulturzentrums Berlin, Youichi Shimizu, eröffnete Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) im Rahmen der Veranstaltung eine Kunstausstellung mit dem Titel „Könichiwā – Guten Tag. Gemeinsam die japanische Seele erleben“. Neben den Exponaten der Sammlung erlebten die Gäste des Abends ein traditionell japanisches Teezeremoniell, verschiedene Kunsttechniken wie beispielsweise das Kumihimo, eine überlieferte japanische Flechttechnik, oder das Schreiben japanischer Schriftzeichen, Kanji. Höhepunkt der abendlichen Veranstaltung war die Verlosung zweier Originalkimonos zugunsten japanischer Katastrophengebiet. Insgesamt konnte durch den Verkauf der Lose, einer Spende durch das Landtagsrestaurant CCS und einer hohen Einzelspende der Fujitsu Deutschland GmbH 1.795 Euro gesammelt werden. Das Geld kommt Waisenkindern in der von der Natur- und Reaktorkatastrophe stark betroffenen Region zugute. Landtagspräsidentin Diezel zeigte sich erfreut über die gesammelten Spenden: „Mit der Veranstaltung wollten wir das Jubi-

läum 150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen würdigen und zugleich Anteil nehmen. Denn heute sind Deutschland und Japan enge Partner, die gemeinsame Werte und Interessen teilen. Geschockt haben wir im März auf die Nachricht der Katastrophe reagiert. Mit großem Respekt sehen wir nun, wie es den Japanern gelungen ist, in größter Not die gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Umso mehr freut es mich, dass im Rahmen des japanischen Abends eine große Spendensumme für



die Menschen in Japan zustande gekommen ist. Ich danke allen Spendern für ihr Engagement.“ Der japanische Abend war Teil einer Veranstaltungsreihe der IMAGO vom 20. bis 24. Juni anlässlich 150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen. Die Verbindungen der Kunstschule IMAGO zu Frau Hoko Tokoro, der Kumihimo-Meisterin, sind von langjährigem Bestand. Bereits drei Mal war die japanische Kulturbotschafterin in Erfurt zu Gast.

Die Ausstellung ist noch bis zum 17. Juli im Thüringer Landtag zu sehen.



Gelungener TV-Talk in Arnstadt: Im Hotelpark Stadtbrauerei Arnstadt fand die zweite Veranstaltung aus der Reihe „Auf ein Wort – Bürger reden Klartext“ statt. Gesprächspartner waren dieses Mal der Landrat aus dem Ilm-Kreis, Dr. Benno Kaufhold, Thüringens Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Christian Carius, der Präsident des Gemeinde- und Städtebundes, Michael Brychcy, und CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring. Moderiert wurde der Talk von Marc Nebung (v.r.). Die komplette Sendung finden Sie im Internet auf [aufeinwort.info](http://www.auf-ein-wort.info).

Vereinfachung im Steuerrecht

Transparenz und Vereinfachung müssen im Mittelpunkt des Steuerrechts stehen. Darauf hat die haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Annette Lehmann, in einer von der Union beantragten Aktuellen Stunde in der vergangenen Plenarsitzung im Landtag hingewiesen. „Das bestehende Steuerrecht wird von vielen Bürgern, die steuerliche Pflichten zu erfüllen haben oder mit der Anwendung des Steuerrechts beruflich befasst sind, in weiten Bereichen als deutlich zu kompliziert empfunden. Die grundlegende Vereinfachung des deutschen Steuerrechts ist deshalb neben der Modernisierung der Steuerverwaltung ein zentrales steuerpolitisches Aufgabenfeld“, so die CDU-Landtagsabgeordnete Lehmann. Die Frage der Vereinfachung müsse vor allen Steuersenkungsdebatten stehen.

Mitglieder für den neuen Europa- und den Justizausschuss gewählt Gustav Bergemann Sprecher für Europa und Manfred Scherer für Justiz

Die CDU-Fraktion hat Gustav Bergemann zum Vorsitzenden des Europaarbeitskreises der Fraktion gewählt. Der Arbeitskreis wurde für den neuen Europaausschuss des Landtages gebildet. Manfred Scherer wählten die Abgeordneten zum Vorsitzenden des Arbeitskreises Justiz. „Damit schicken wir für beide Bereiche ausgewiesene Fachleute in den politischen Wettbewerb“, sagte der Parlamen-

tarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Volker Emde. In den Europaausschuss, der auch für Bundesangelegenheiten und Medien zuständig sein wird, wählte die Fraktion außerdem Fritz Schröter und Dr. Klaus Zeh. Die Fraktion wählte Schröter zugleich als Obmann des Arbeitskreises – das ist die Bezeichnung für den Stellvertreter des Arbeitskreisvorsitzenden. „Es ist uns wichtig, dass der neue Ausschuss jetzt

schnell arbeiten kann. Die CDU hat sich intensiv und erfolgreich für die inhaltliche und organisatorische Einbindung des Landtags in die EU-Angelegenheiten eingesetzt“, so Emde. Als weitere Mitglieder des Justizarbeitskreises der Fraktion und des Justizausschusses wählte die Fraktion Wolfgang Fiedler und Beate Meißner, die zugleich Obfrau wird und stellvertretende Ausschussvorsitzende werden soll.

Viel Trubel und Rummel an den CDU-Info-Ständen

Mehr als 209.000 Besucher erlebten den 13. Thüringentag in Gotha. Die CDU-Fraktion war mit einem Info-Stand vor dem Rathaus mit dabei. Am Stand der CDU-Landtagsfraktion stellten sich der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring und viele andere Abgeordnete der CDU-Fraktion den Fragen der Gotharer und ihrer Gäste. Zudem zog

eine Mal- und Bastelstraße die kleinen Gäste an. So auch zuvor beim Tag der offenen Tür im Landtag. Für großes Interesse sorgten die Elektrobikes, mit denen die Politiker und ihre Mitarbeiter zukünftig unterwegs sind. Die Fraktion hatte am Info-Stand eine Kooperationsvereinbarung über zwei Bikes mit der Firma RE-CON abgeschlossen.



Nie wieder Krieg!

Der 22. Juni 1941 ist tief im Gedächtnis der osteuropäischen Staaten eingegraben, doch auch für die Geschichte Deutschlands hat dieses Datum einschneidende Bedeutung. Die Zerschlagung der Sowjetunion und die Schaffung von neuem Lebensraum für Deutsche im Osten waren die propagandistischen Ziele, die Ermordung und Vertreibung von Millionen Menschen die Praxis der an diesem Tag begonnenen „Operation Barbarossa“. Der als barbarischer Feldzug geführte Krieg hatte seinen Ursprung in der rassistischen Ideologie der Nazis und ihrer Anhänger. Der Rassenwahn gab die ideologische Begründung für die Vernichtung und Zerstörung ganzer Städte in der heutigen Ukraine, in Belarus und Russland, für die massenhafte Deportation der Bevölkerung, die Verschleppung von Menschen zur Zwangsarbeit ins „Reich“ oder zur Strafarbeit ins KZ-System. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion ist aber auch die Vernichtung vor allem der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa verbunden. Sie wurde von Einsatzgruppen deportiert oder gleich vor Ort ermordet. Ziel war es, alles Jüdische zu vernichten, keine Spuren zu hinterlassen. Die Auslöschung von Millionen Leben in den Vernichtungslagern und in den Städten und Dörfern Osteuropas durch die deutsche Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie sind als Menschheitsverbrechen bisher ohne Beispiel.

Auch nach Thüringen wurden Zwangsarbeiter und KZ-Gefangene aus Osteuropa verbracht. Heute kommen Zeitzeugen, ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Gefangene nach Thüringen, um z.B. Schülern aus ihren Leben zu berichten. Die LINKE unterstützt solche Begegnungen, wo es nur geht. Denn in Verantwortung vor der Geschichte dürfen solche Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten, sondern müssen uns mahnen, dass Rassismus und Faschismus engagiert bekämpft werden müssen und dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen darf.

Matthias Bärwolff (MdL, DIE LINKE)

Die Mauer – ein Produkt des Kalten Krieges

Der Mauerbau am 13. August 1961 offenbarte das grundlegende Problem des autoritären Staatssozialismus in der DDR: Die Partei- und Staatsführung behandelte die Bevölkerung als Objekt, zwang ihr die eigenen Ziele auf und verwehrte die Rechte auf Bewegungs-, Koalitions- und Meinungsfreiheit. Die Mauer sollte dieses System aufrechterhalten. Die SED-Führung sah im Sommer 1961 keine andere Möglichkeit, die anhaltende Abwanderung in die

Während im Westen die privatkapitalistische Ordnung erneut durchgesetzt wurde, sahen sich im Osten jene Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, die sich für einen demokratischen Sozialismus einsetzten, innerhalb der SED an den Rand gedrängt, ausgeschlossen und Repressionen ausgesetzt.

Die Mauer war ein Produkt des Kalten Krieges. Die Teilung Deutschlands und Berlins als Folge des Zweiten Weltkrieges wurde aber auch von den West-

Tolerierung der westlichen Besatzungsmächte. Es gehört zum Paradox des Mauerbaus, dass in der Folgezeit die Entspannungspolitik in Europa rasante Fortschritte machte. Die Hoffnung vieler DDR-Bürger, nun ohne Störungen von außen einen Schritt für Schritt reformierenden Sozialismus zu erleben, zerbrach endgültig mit der Abwürgung des Prager Frühlings 1968. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 durch den Druck der „Straße“ war Bestand-



Bundesrepublik zu stoppen, und offenbarte damit ihre Niederlage im Systemwettbewerb bei offenen Grenzen. Sie als „antifaschistischer Schutzwall“ zu rechtfertigen, war ein Missbrauch des wichtigsten demokratischen Legitimationsgutes der DDR. Nach dem Ende von Faschismus und Krieg gab es ein großes Bedürfnis nach einer Alternative zum Kapitalismus.

mächten befördert. So ging ihr als weithin sichtbarem Spaltungsschritt die ökonomisch entscheidende Trennung der Währung durch die Einführung der Westmark voraus. Auch John F. Kennedys Aussage, die Mauer „sei keine schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg“, illustriert dies. Es ist zur Kenntnis zu nehmen: Die Mauer hätte nicht entstehen können ohne

teil der Selbstermächtigung der DDR-Bürger und Ausdruck der Hoffnung auf einen neuen sozialen und demokratischen Anfang.

Knut Korschewsky (MdL, DIE LINKE)

Dieser Text wurde auf Basis der Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE zum 50. Jahrestag des Ausbaus der Berliner Mauer erstellt.

Gedenkstättenkonzept – Ergebnis sorgfältiger Abwägung

Nachgefragt bei: Dr. Karin Kaschuba und Dr. Birgit Klaubert, Landtagsabgeordnete der LINKEN

Bildungsminister Matschie hat in der Ausschusssitzung am 30. Juni das Konzept der künftigen Erfurter Gedenkstätte Andreasstraße auf den Tisch gelegt – was sagt die LINKE?

Das Anliegen der Ausstellung, die Opposition in der DDR zu würdigen, ist auf jeden Fall anzuerkennen. Die Andreasstraße ist als historischer Ort die bauliche Hülle für dieses Gedenken.

Die Historikerkommission hat aus unserer Sicht Vorschläge unterbreitet, die Anliegen der

ehemals Inhaftierten mit dem Anspruch zusammenzuführen, die Prozesse historisch verständlich zu machen. Aus unserer Sicht ist der Umgang der DDR mit der „Opposition“ Teil des Scheiterns des Sozialismus. Das Konzept ist Ergebnis eines sorgfältigen Abwägungsprozesses. Leider spielten in der öffentlichen Debatte subjektive Interessen eine zu große Rolle. Dabei wurde der Eindruck erweckt, das Konzept sei für den Gedenk- und Lernort ungeeignet. Wir haben diese öffent-

liche Debatte mit Sorge verfolgt. Schon in der letzten Legislaturperiode gab es einen langen Diskussionsprozess, einschließlich einer öffentlichen Anhörung. Wir haben oft nachgefragt und sind nun gespannt, wie die Umsetzung des Konzeptes erfolgen wird. Wichtig ist uns, das Gebäude in das Gesamtbild seiner Geschichte zu stellen, ohne die verschiedenen Nutzungen zu vermischen. Die Dinge sollen in ihrem konkreten historischen Kontext dargestellt werden.

In diesem 1874-1879 als Gefängnis erbauten Gebäude in der Erfurter Andreasstraße waren zwischen 1933 und 1945 Hunderte politische Untersuchungshäftlinge eingesperrt, die in der Folge durch die Nazis zum Teil ermordet wurden. Nach der Machtübernahme sind hier eine Reihe politischer Morde geschehen, so an dem Kassierer der Thüringer KPD, Heinz Sendhoff. Ab 1945 haben hier mindestens 22 schwerverantwortliche und über 100 geringer belastete NS-Verbrecher in U-Haft gesessen, denen Mittäterschaft bei der Ermordung von zusammengenommen mehreren Tausend Menschen, vor allem in Osteuropa, nachgewiesen wurde. Auch dies hat die Geschichte dieses Gebäudes geprägt.

Ara Amadeus überbrachte Grüße aus dem Erfurter Zoopark

SPD-Fraktion überraschte am Tag der offenen Tür wieder mit einem bunten Programm

Der Erfurter Zoopark stand im Mittelpunkt des diesjährigen Bühnenprogramms der SPD-Fraktion beim Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag Ende Juni.

Zwei Tierpflegerinnen aus dem Erfurter Zoo, die einen echten Ara dabei hatten, erzählten auf der Bühne Wissenswertes und Spannendes über den Tierpark und seine Bewohner.

Das Programm „Elefant, Löwe und Co. – Neues aus dem Erfurter Zoo“ wurde von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Birgit Pelke moderiert, die als engagierte Tierfreundin schon oft Patenschaften für Tiere im Erfurter Zoo übernommen hat. Für Stimmung auf der Bühne sorgten die „Starlets“ der Erfurter Showtanzgruppe „Powerbiens“. Am Stand der SPD-Fraktion in der Jürgen-Fuchs-

Straße gab es wie in jedem Jahr Informationen und Wissenswertes rund um die politische Arbeit im Thüringer Landtag. Abgeordnete der SPD-Fraktion

und Mitarbeiter beantworteten gerne Fragen von Besuchern. Für Kinder gab es eine Bastelstraße; außerdem schminkte eine Kosmetikerin die Kleinen.



Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein (links) ist Tierpate für einen Ara im Erfurter Zoo. Bausewein kam mit dem Vorsitzenden des Vereins der Zooparkfreunde, Dietmar Schuhmacher, sowie mit zwei Mitarbeiterinnen vom Zoopark zum Tag der Offenen Tür in den Landtag. Die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Pelke (2. von rechts) moderierte das Programm.

Guter Rat von Peter Struck fürs politische Geschäft

Bei Wind und Wetter lud die SPD-Fraktion zu ihrem diesjährigen Jahresempfang. Star des Abends war Peter Struck, der seinen Thüringer Kollegen einiges mit auf den Weg zu geben wusste.

Mit einer schwierigen Großwetterlage hatte es die SPD-Fraktion am Tag ihres Jahresempfangs zu tun. Wenige Stunden vor dem Empfang ging ein mächtiges Gewitter über der Landeshauptstadt nieder. Grill und Pavillon im Innenhof des Landtags mussten abgebaut werden, manch einer kam in Gummistiefeln und Regencapen in den Landtag. Letztendlich konnte die Fraktion über 200 Gäste aus Kultur, Gesellschaft und Politik willkommen heißen.

Der wohl prominenteste Gast des Abends war Peter Struck, Bundesverteidigungsminister a.D. und langjähriger Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag. Die Thüringer SPD ist Struck bestens bekannt: Applaus erntete Struck für seine Anekdoten über SPD-Urgestein Heiko Gentzel, dem er bereits in den frühen 90er-Jahren begegnet war und den SPD-Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider, der im jugendlichen Alter den Bundestag erobert hatte.

Aus seiner Zeit als langjähriger Fraktionsvorsitzender wusste Struck der SPD-Landtagsfrakti-

on manch einen Rat für das politische Geschäft mit auf den Weg zu geben: „Ohne die Fraktion ist die Regierung macht-

los“, wusste er zu berichten und warb dafür, sich diese Rolle ab und an stärker vor Augen zu führen und auszuspielen.



Der langjährige Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Dr. Peter Struck (vorn), war Gastredner beim Jahresempfang.



Genießen den Abend: Erick Romero, amerikanischer Austauschstudent und bis vor kurzem Praktikant der SPD-Landtagsfraktion (links), mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider.

Schulordnung nimmt die letzte Hürde

SPD-Abgeordneter Metz lobt lebendige Debatte

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Thüringer Landtags hat sich nach langen Debatten auf die neue Thüringer Schulordnung geeinigt.

SPD-Bildungspolitiker Peter Metz freute sich über diesen Erfolg und verwies zudem auf die sachlich geführte Debatte in der entscheidenden Bildungsausschusssitzung. Metz betont: „Viele Ideen und Verbesserungsvorschläge - auch von Kritikern - sind in die vorliegende Schulordnung eingeflossen. Sie trägt deshalb die Handschrift vieler.“ Zweijährige Übergangsfristen in wichtigen Punkten garantierten den Schulen zudem, dass sie Zeit haben, sich auf die neue Situation einzustellen. Das ist eine gute Legitimation für die künftige Arbeit an den Thüringer Schulen.“

Die wesentlichen Neuerungen in der Schulordnung sind:

- verstärkte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler
- die individuelle Abschlussphase wird ausgestaltet, sodass Schüler an Regel- und Gemeinschaftsschulen künftig die Klassenstufe 9 in ein oder in zwei Jahren absolvieren können, um ihren Hauptschulabschluss zu erreichen
- eine Ergänzung der Zeugnisnoten um Bemerkungen zur Lernentwicklung eines jeden Schülers
- in den Doppeljahrgangsstufen 3/4, 5/6 und 7/8 wird die Versetzungsentcheidung erst nach zwei Schuljahren getroffen, um jedem Schüler die Chance zu geben, sein Können ohne Zeitdruck unter Beweis zu stellen.

Schuldenuhr im Landtag aufgestellt Mahrle: „Symbol und Mahnung zugleich“



Eine Schuldenuhr auf dem Flur der FDP-Fraktion zeigt seit 1. Juli im Landtag den aktuellen Schuldenstand des Freistaats Thüringen an. Die Politik sei nicht nur für die Ausgaben, sondern auch für Einsparungen zuständig, mahnte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth anlässlich der Einweihung. Auch wenn es im nächsten Jahr gelingen sollte, die Schuldenuhr zum Stillstand zu bringen, so bleibe die große Aufgabe der Haushaltskonsolidierung durch strukturelles Sparen noch zu erledigen. Die aktuelle Debatte um den Haushalt 2012 zeige, dass es gegen den vorgelegten Entwurf mehr als nur rhetorische Vorbehalte gebe. Die FDP-Fraktion werde das Ziel der Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung auf jeden Fall weiterverfolgen, kündigte Barth an.

Der Geschäftsführer des Thüringer Bundes der Steuerzahler, Wolfgang Mahrle, sprach von „einem guten Tag“, an dem die Schuldenuhr den Weg in den öffentlichen Teil des Thüringer Landtages gefunden habe. Ein entsprechender Vorstoß des Bundes der Steuerzahler war seinerzeit vom Landtagsdirektor Joachim Linck abgelehnt worden. „Jetzt hat die FDP mit ihrer Initiative Erfolg gehabt“, freute sich Mahrle. Die Schuldenuhr sei Symbol und Mahnung zugleich. Mahrle nutzte die Gelegenheit, um bei dem anwesenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Uwe Höhn, für den Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion zur Schuldenbremse zu werben. „Wir hoffen, dass es gelingt, eine Zweidrittel-Mehrheit für die Verfassungsänderung zu erreichen“, so Mahrle.

FDP lud zur „Offenen Fraktion“

450 Gäste auf der sommerlichen Multiplikatorenveranstaltung im Innenhof des Landtages

Die FDP-Fraktion des Thüringer Landtags hatte eingeladen, und zwar zur „Offenen Fraktion“. Bereits zum zweiten Mal öffneten die Liberalen ihre Türen für alle Interessierte. Am 1. Juli konnten die Gäste einen exklusiven Blick hinter die Kulissen des politischen Alltags werfen und die Arbeit der Politiker näher kennenlernen. Neben der Gelegenheit, die Fraktionsräume und Arbeitszimmer

zu besichtigen, konnten die Besucher der „Offenen Fraktion“ in lockerer Atmosphäre mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der FDP ins Gespräch kommen. Auf großes Interesse stieß auch die Schuldenuhr, die den Bürgern das ständige Ansteigen der Thüringer Schulden vor Augen führte. Außerdem gab es Mitmachaktionen, beispielsweise ein politisches Bilderrätsel. Hier konnten die Gäste zeigen, wie gut sie sich in der Poli-

tik auskennen. Im Anschluss an die „Offene Fraktion“ fand eine sommerliche Multiplikatorenveranstaltung im Innenhof des Landtags statt. Rund 450



Gäste feierten mit der Fraktion, darunter zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Verbänden. Bei einem Thüringer Buffet konnte man es sich schmecken lassen. Auch musikalische Unterhaltung stand auf dem Programm. Das Duo von „Lady Sou and the Singing Banjoman“ sorgte für gute Stimmung. Ein besonderer Höhepunkt war die Spendensammlung für zwei soziale Projekte. Der Fraktionsvorsitzen-

de Uwe Barth höchstpersönlich ging mit der Spendenbox durch die Reihen und sammelte für die Initiative „Ferienfreizeit für benachteiligte Kinder“. Genau 854,70 Euro kamen dabei zusammen. Später wurde zur Unterstützung des „Schießen Turms von Bad Frankenhausen“ ein Hotelgutschein versteigert. Als Beitrag zur Rettung des

Oberkirchturms von Bad Frankenhausen konnten der Initiative insgesamt 311 Euro übergeben werden.

Die FDP-Fraktion will bürgernah, transparent und offen bleiben. Deshalb steht eine Wiederholung der „Offenen Fraktion“ und der sommerlichen Multiplikatorenveranstaltung für das kommende Jahr schon fest.

Weitere Fotos: www.thl-fdp.de
Video bei www.youtube.com

Thüringer Marken als Botschafter für den Freistaat

Bühnenprogramm und Tombola der FDP-Landtagsfraktion zum „Tag der offenen Tür“

Thüringer Marken genießen bundesweit einen guten Ruf. Manch ein Hersteller schmückt sich gern mit dem Verweis auf



Thüringen, auch wenn das Produkt gar nicht aus dem Freistaat stammt. Probleme der Markenentwicklung und des Markenschutzes sind deshalb für die einheimische Wirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die FDP-Landtagsfraktion hat sich bereits bei mehreren landwirtschaftlichen Bereisungen mit internationalen Agrardiplomaten über die Problematik beraten und stellte das Thema in den Mittelpunkt ihrer Präsentation am 25. Juni zum „Tag der offenen Tür“ im Thüringer Landtag. Die „Botschafterfunktion und Sympathiewerbung von Marken für Thüringen“ betonte der FDP-Fraktionsvorsitzenden Uwe Barth im

Rahmen des Bühnenprogramms der Liberalen. Von den Heichelheimer Klößen bis zum Spiegelzelt in Weimar reichte die Palette beispielhaft ausgewählter Marken aus den Bereichen Wirtschaft, Tourismus und Kultur. Die umweltpolitische Sprecherin Franka Hitzing stellte den Baumkronenpfad im gerade in die Liste des WeltNaturerbes aufgenommenen Nationalpark Hainich vor. „Die

Thüringer Marken tragen zur Imagebildung, aber auch zum wirtschaftlichen Erfolg bei“, konstatierte Barth. Auf ca. 400 Mrd. jährlich wird der Gesamtumsatz von Markenprodukten in Deutschland geschätzt. Sie machen die Hälfte des Exports aus. In Thüringen handelt es sich in der Regel um bedeutende Arbeitgeber. Auf alle diese Aspekte wollte die FDP-Landtagsfraktion mit ihrer Präsentation aufmerksam machen und konnte zudem etwas zu einem guten Zweck beitragen. Von den Unternehmen gesponserte

Produkte wurden im Rahmen einer Tombola verlost. Der Erlös in Höhe von 257,51 Euro ging an die Elterninitiative leukämie- und tumorerkrankter Kinder Suhl/Erfurt. Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing stockte den Betrag auf insgesamt 400 Euro auf. Vertreter des Vereins nahmen den Scheck zum Abschluss des „Tags der offenen Tür“ im Landtag am FDP-Stand entgegen. Das Thema Markenland Thüringen wollen die Liberalen im Thüringer Landtag auch weiter parlamentarisch begleiten. So steht auch die Sommerreise des Fraktionsvorsitzenden Uwe



Barth in diesem Jahr unter dem Motto „Stark am Markt“. Im Juli wird er dabei etablierte Thüringer Markenproduzenten, aber auch sogenannte „hidden champions“ in 10 Thüringer Kreisen besuchen.

Frauen bleiben am Ball

2:1, 1:0, 2:4 – Traumergebnisse für unsere Frauen in der Fußball-Weltmeisterschaft. Mit Fatmire Bajramaj, Birgit Prinz und Inka Grings begeistern sich noch mehr Thüringerinnen und Thüringer für Frauen- und Mädchenfußball. Gleichzeitig aber fehlen im Freistaat bislang flächendeckende Strukturen dafür. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Impuls der WM daher nutzen, dies zu ändern.

Die Fraktion hat die Regierung aufgefordert, Frauen- und Mädchenfußball verstärkt und dauerhaft zu fördern. „Schließlich ist er ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Chancengleichheit und Integration“, sagt die Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund. So soll sich die Landesregierung beispielsweise für eine stärkere Präsenz von Frauenfußball im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

einsetzen und mit dem Landessportbund ein Programm für den Vereinssport entwickeln.

„Zudem war die Frauenfußball-WM das erste klimafaire Sportgroßereignis in Deutschland – das sollte Maßstäbe für weitere sportliche Initiativen setzen“, so Siegesmund. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt die Ausschussüberweisung des Antrages und hofft, dass so eine

breite Mehrheit für die Stärkung des Thüringer Frauen- und Mädchenfußballs gefunden werden kann.



Die russische Studentin Inna Kolubayeva (zweite von rechts) absolvierte in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Praktikum. Unter anderem konnte sie mit der Fraktionsvorsitzenden Anja Siegesmund und Stephan Hloucal vom Bundesverband Windenergie Thüringen (rechts) ein Windrad besteigen.

EU-Finzen im Blick

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschäftigte sich der Landtag in seiner Sitzung am 6. Juli in einer Aktuellen Stunde mit den Auswirkungen der aktuellen finanziellen Vorausschau der Europäischen Union auf Thüringen.

Die EU-Kommission hatte am 30. Juni einen Entwurf des Haushaltes für die Förderperiode 2014 bis 2020 vorgelegt, der für Thüringen deutlich weniger Geld aus Brüssel mit sich bringt. In der Debatte betonten alle Fraktionen die Notwendigkeit, die reduzierten Mittel zielgenauer einzusetzen. Unseren Vorstellungen kommt dabei entgegen, dass

die EU-Kommission Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz besondere Förderwürdigkeit bescheinigt. Bedenklich finden wir vor dem Hintergrund der zukünftigen finanziellen Unterstützung durch die EU, dass der kürzlich veröffentlichte „Trendatlas Thüringen“ aus dem Wirtschaftsministerium unter dem Motto „Die Stärken stärken!“ offensichtlich besonders auf die Förderung der „Leuchttürme“ setzt. Wir dagegen werden uns dafür einsetzen, dass die Mittel der EU auch in Thüringen für das eingesetzt werden, wofür sie vorgesehen sind: für den Ausgleich von Entwicklungsunterschieden.

Öffentlichkeit und Beteiligung aller bleiben außen vor

Astrid Rothe-Beinlich: Demokratie lebt vom Mitmachen

Mehr als ein Jahr wurde um die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags und mehr Transparenz und Beteiligung sowie die Stärkung der Minderheitenrechte gerungen.

Ein gemeinsamer Antrag beinhaltete schließlich unter anderem die Verkürzung der Rede-

zeiten für alle Fraktionen, Regelungen zur Beteiligung am EU-Frühwarnsystem und die bereits praktizierte Möglichkeit, dass jede Fraktion eine aktuelle Stunde pro Monat beantragen kann. Außerdem werden Klarstellungen mit Blick auf Wahlen und Stimmabga-

ben getroffen. „Mehr Transparenz sorgt auch für mehr Lust auf Beteiligung der BürgerInnen“, sagt Astrid Rothe-Beinlich, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Leider wurde die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen

abgelehnt. Auch dass es keine Stärkung der Rechte kleiner Fraktionen gibt, bedauern wir sehr. Wir hätten uns beispielsweise die selbstverständliche Beteiligung aller Fraktionen in allen Gremien und ein eigenes Antragsrecht auch im Ausschuss gewünscht.“

Historisches Erbe (er)fahren

Im Jahr 2005 rief das europäische Parlament ein einzigartiges Projekt ins Leben – den Radweg am ehemaligen eisernen Vorhang, den Iron Curtain Trail (ICT).

Seitdem werden insgesamt 7000 Kilometer von der Barentsee bis zum Schwarzen Meer als Fernradweg erschlossen. Von allen Bundesländern hat Thüringen mit 700 Kilometer den größten Anteil. Alle Fraktionen begrüßten die Initiative der bündnisgrünen Fraktion, die Erschließung des ICT verstärkt voranzutreiben. Der Fernradweg soll Teil der Radwegeplanung in Thüringen

werden. Der Bau- und Umweltausschuss werden beraten, wie die Kooperation mit Bayern und Niedersachsen und den betroffenen Landkreisen so verstärkt werden kann, dass die Ausschilderung und weitere notwendige Baumaßnahmen für den ICT entscheidend vorankommen.

„Mit diesem Fernradweg können wir enorme Potenziale für den Radtourismus, für das Naturerleben und dem Erfahren von Geschichte erschließen“, freut sich Jennifer Schubert, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion.



Zum Tag der offenen Tür des Landtags am 25. Juni ging es bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anlässlich der Weltmeisterschaft der Frauen ganz um das Thema Fußball. Die Abgeordneten Jennifer Schubert und Dr. Frank Augsten stellten im Wettkampf mit jungen BesucherInnen ihr Können unter Beweis.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringen-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Die Bürgerbeauftragte als Ansprechpartner

Am diesjährigen „Tag der offenen Tür“ des Thüringer Landtags am 25.06.2011 standen Silvia Liebaug und Mitarbeiterinnen der Bürgerbeauftragten den Bürgerinnen und Bürgern für Anfragen bereit. Dieses Angebot wurde von zahlreichen Besuchern in Anspruch genommen.

Neben allgemeinen Anfragen wurden auch konkrete Anliegen aus den unterschiedlichen Bereichen wie Kommunales und Soziales vorgebracht. Die Bürgerbeauftragte wird eine zeitnahe Erledigung der Anliegen gewährleisten, soweit die Auskünfte nicht bereits erteilt wurden.

Im Rahmen des „Thüringentages“ war die Bürgerbeauftragte am 08.07.2011 am Stand des Thüringer Landtags vor Ort in Gotha.

Die Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren. Die Bürgerbeauftragte wurde auch angesprochen, wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Auffassung zu aktuellen politischen Themen kundtun wollten.



Bürgerbeauftragte im Gespräch

Der Datenschutzbeauftragte

Sicheres Löschen von Datenträgern und Verschlüsselung von mobilen Datenträgern

Überall, wo Informationstechnik im Einsatz ist, sind irgendwann Datenträger zu entsorgen, entweder weil sie durch neue Technik ersetzt werden, oder weil sie defekt sind. Wie kann man sicher sein, dass „gelöschte“ Daten nicht mehr rekonstruiert werden können? Das Betriebssystem löscht nur einen Teil des Namens eintrages im Verzeichnis eines Datenträgers und nicht den Dateinhalt, der in Blöcken gespeichert über den ganzen Datenträger verteilt ist. Er wird erst dann überschrieben, wenn eine neue Datei den Platz benötigt. Datenrettungsfirmen sind in der Lage, teilweise zerstörte Datenträger auf Grundlage der Physik der Datenspeicherung wieder lesbar zu machen.

Das Problem des sicheren Löschens besteht zum einen darin, die Daten tatsächlich zu überschreiben und nicht nur zum Löschen zu markieren, andererseits sie so zu überschreiben, dass ein weiter bestehender Restmagnetismus nicht mehr mit den ursprünglich vorhandenen Daten korreliert. Gutmann hatte 1996 festgestellt, dass nach 35-maligem Überschreiben mit zufällig gewählten Bitmustern eine Rekonstruktion der Ursprungsdaten nicht mehr möglich ist. Seit dem Einsatz neuerer Aufzeichnungsverfahren (PRML und EPRML) nach MFM ist die Wahrscheinlichkeit, noch Daten rekonstruieren zu können, auch bei weniger Überschreibungen sehr gering - neuerdings codiert und komprimiert bereits der Controller vor der Aufzeichnung, um höhere Speicherdichten zu erreichen. Das bislang vom BSI empfohlene Tool VS-CLEAN gilt nicht mehr als sicheres Löschttool, worauf der Arbeitskreis Technik der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder seine einschlägige Orientierungshilfe im Jahr 2011 widerrief. Derzeit werden die Open-Source-Produkte „Eraser“ (www.heidi.ie/eraser/) für selektives Löschen unter Windows oder „DBAN“ (www.dban.org/) für das Löschen ganzer Systeme als sicher eingeschätzt.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Antikommunismus und Antinazismus sind Geschwister

Der Nationalsozialismus und der Kommunismus waren sich in manchem ähnlich. Beide waren Ein-Parteien-Herrschaften, die mit Geheimpolizei, politischen Prozessen und Privilegien die eigene Herrschaft auf Dauer zu stellen trachteten. Alle politischen Kräfte wurden gleichgeschaltet, vor allem die Jugend straff organisiert. Unterschiedlich waren sie in der Definition der Feinde: Die Nazis erklärten neben den politischen Gegnern alle „rassisch Fremden“ zu Feinden. Deutsche ermordeten Millionen Juden, Sinti und Roma, Angehörige vieler anderer Völker mit perfider Perfektion. Wir stehen heute mit Schauern vor den Denkmälern dieser Opfer. Wir sind dankbar für jede Geschichte von Widerstand gegen diese Verbrechen.

Der Kommunismus bekämpfte die „Klassenfeinde“: Bauern, Kapitalisten, bürgerliche Eliten, Juden, religiöse Gemeinschaften. Die jeweiligen Feinde wurden gefangengesetzt, deportiert und viele ermordet. Die Nationalsozialisten haben im Hitler-Stalin-Pakt und durch den Krieg Stalin die Türen nach Ostmittel-Europa geöffnet. Die Kriegsverbrechen und der Holocaust zogen neue Verbrechen nach sich: Vertreibung, Internierung, Enteignung, neue Morde. Dieses „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ konnte erst überwunden werden, als die Bundesrepublik Deutschland sich zur Schuld am Holocaust, zur besonderen Verpflichtung gegenüber dem Jüdischen Volk und dem Staat Israel bekannte. In der DDR wur-

de die Verstrickung der Bevölkerung in den Nationalsozialismus wegdefiniert: wer für die SED war, war Antifaschist. 10 Prozent der SED-Mitglieder waren früher in der NSDAP gewesen. Widerstand gegen die SED wurde oft als „faschistisch“ denunziert, wie der Aufstand vom 17. Juni 1953. Erst 1989 konnte auch dieser Teil Deutschlands in den Versöhnungsprozess eintreten, indem die Volksammer im Sommer 1990 die Oder-Neiße-Grenze und Israel anerkannte. Wenn rechtsextreme Neonazis ihre Propaganda-Aktionen dem Gedenken an die Opfer des Kommunismus widmen, ist dies zynisch. Allen Opfern politischer Gewalt gebührt unser Respekt. Allen, die totalitäre Herrschaft verharmlosen oder anstreben, unser Widerstand.